Promotionen

Promotion A

Bereich Medizin

Am 14. November 1989, 13.30 Uhr, Sitzungssaal des Bereiches Medizin, Liebigstraße 27

Dipl.-Med. Siglinde Jentzsch: Ergebnisse zur Untersuchung des Arzt-Patient-Verhältnisses (APV) im ambulanten medizinischen Bereich

Dipl.-Med. Rita Vollstädt und **Dipl.-Stom. Klaus Vollstädt:** Zur Völkerschlacht bei Leipzig 1813 – Analysen und Wertungen aus militärmedizinhistorischer Sicht

Dipl.-Stom. Volker Beltz: Tuberkulose als Kriegsfolge und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung in Sachsen 1945–1949

Dipl.-Stom. Falk Wolf: Die Zahnheilkunde in medizinischen und zahnmedizinischen Zeitschriften des deutschsprachigen Raumes von 1771–1884, eine Untersuchung zur Funktion relevanter Zeitschriften bei der Formierung der Disziplin Zahnheilkunde

Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften

Dipl.-Math. Andreas Kasparek, am 15. November 1989, 12.30 Uhr, Felix-Klein-Hörsaal (Raum 4–24) des Hauptgebäudes der KMU: Über Kommutanten von symmetrischen Operatoren und Ox-Algebren und Erweiterungen von z-Darstellungen

Dipl.-Math. Friedemann Schuricht, am 15. November 1989, 13.45 Uhr, ebenfalls im Felix-Klein-Hörsaal: Eigenwertprobleme für Variationsgleichungen

Fakultät für Philosophie und Geschichtswissenschaften

Am 17. November 1989, 11 Uhr, Uni, Hochhaus, I. Etage, Raum 3/4

Dipl.-Phil. Volkmar Lau: Antifaschistisch-demokratisches Massenbewußtsein und Ideologie (Probleme der Gestaltung ideologischer Prozesse der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1949)

Dipl.-Phil. Gudrun Niemann: Grundzüge der Philosophie des deutschen Aufklärers Moses Mendelssohn um 14 Uhr am gleichen Ort

Sektion Psychologie

Dipl.-Psychol. Alfred Roeber, am 24. November 1989, 14 Uhr, Hörsaal 18 der Sektion Psychologie, Tieckstraße 2: Untersuchungen zum individuellen Zukunftskonzept traumatisch Geschädigter

Dipl.-Psychol. Ines Lißina-Ristau, am 30. November 1989, 15 Uhr, Hörsaal 116 der Sektion Psychologie: Kommunikationstraining – Ein tätigkeitstheoretisch orientierter Ansatz zum Training ärztlichen Kommunikationsverhaltens in der Allgemeinmedizin.

Im Januar in die CSSR

Auf der Grundlage von abgeschlossenen Vereinbarungen stehen den Mitarbeiten der KMU in Velka Lomnica/CSSR (Bahnstation Studeny potok) ab 6. Januar bis 16. März 1990 jeweils im 14tägigen Rhythmus, eventuell auch 7 bis 21 Tage, mehrere 2-, 3- und 4-Bett-Zimmer zur Verfügung. Die Anreise erfolgt individuell. Bei Selbstverpflegung bezahlen die Urlauber pro Person und Nacht 35 bzw. 40 Kcs am Anreisetag an den Vermieter. Interessenten melden sich bitte während der Sprechzeiten im Kreisvorstand Gewerkschaft Wissenschaft, Feriendienst, dienstags 9 bis 13 und 14 bis 17 Uhr.

UZ

Redaktionskollegium: Gudrun Schaufuß (verantw. Redakteur), Jürgen Siewert (stellv. verantw. Redakteur), Susann Morgner, Olive Schirg (Redakteure); Dr. Bernd Aris, Martin Dickhoff, Dr. Brigitte Düsterwald, Wolfgang Gühne, Doz. Dr. sc. Karl Wilhelm Hooke, Prof. Dr. sc. Günte Kotsch, Heike Lehmann, Dr. Wolfgang Lenhart, Dr. Roland Mildner, Prof. Dr. sc. Klaus Schlegel, Dr. Jochen Schlevoigt, Dr. Bernhard Scheffler, Dr. Annemarie Träger

Anschrift der Redaktion: Ritterstraße 8/10, Postfach 920, Leipzig 7010, Ruf Nr. 1 19 74 59/4 60

Satz und Druck: LVZ Druckerei „Hermann Duncker" III 18/136 Leipzig. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 65 des Rates des Bezirkes Leipzig. Bankkonto: 9622-32-550 000

Einzelpreis: 15 Pfennig. 33. Jahrgang, erscheint wöchentlich. Die Redaktion ist Träger der Ehrenmedaille der KMU und der DSF-Ehrennadel in Gold.

40 Jahre Universität im Bild - 1978/79

Das Jahr **1978** stand im Zeichen historischer Ereignisse, die das gesellschaftliche Leben der KMU beeinflußten. Anläßlich des 160. Geburtstages von Karl Marx und des 25. Jahrestages der Namensgebung an die Universität fanden im April/Mai 1978 zahlreiche Veranstaltungen statt. Zum Beispiel wurde das Traditionskabinett der Uni im Rahmen der IV. Karl-Marx-Tage eröffnet.

Ab Oktober begannen die KMU-Angehörigen, sich mit vielfältigen Solidaritätsaktionen für Chile einzusetzen, deren Höhepunkt ein Meeting anläßlich des 10. Jahrestages der Verleihung der Ehrendoktorwürde der KMU an den Dichter und Kommunisten Pablo Neruda darstellte.

Am 25. Januar **1979** wurde Oberst Sigmund Jähn begeistert an der Uni begrüßt. Auf einem Forum stellte er sich den Fragen über die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung seines

Raumfluges im September 1978 mit Waleri Bykowski. Dem Kosmonauten wurde die Ehrenmedaille als höchste Auszeichnung der KMU verliehen.

Ende Februar starteten über 700 Universitätsangehörige die sicherlich noch in Erinnerung gebliebene Protestaktion „Hände weg von Vietnam". Auf einer vom Friedenskomitee und vietnamesischen Studenten des Herder-Institutes organisierten Spendenaktion konnten rund 4500 M auf das Solidaritätskonto überwiesen werden.

Das Veteranen-Kolleg wurde im April 1979 an der KMU eröffnet und ermöglichte jeweils 500 älteren Bürgern in zwei Kursen, an interessanten Vorlesungen unterschiedlichster Themengebiete teilzunehmen.

Den 30. Geburtstag der Republik hatte die ganze Universität mit viel Elan und Wettbewerbsleistungen vorbereitet und dies mit Erfolg, was der Verleih des Ehrenbanners an die Universität belegt. Übrigens beging die KMU im November auch das 30jährige Gründungsjubiläum der Leipziger Arbeiter-und-Bauern-Fakultät!

Standpunkt Kreisvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft, erarbeitet von einer gewählten Redaktionskommission

Stand(punkt) der Gewerkschaft

In unserem Lande und an unserer Universität ertönt seit Wochen der berechtigte Ruf nach umfassenden und vielfältigen Reformen in unserem Staate.

Die Mitglieder des Kreisvorstandes Karl-Marx-Universität der Gewerkschaft Wissenschaft sind entschlossen, zur qualitativen Erneuerung der sozialistischen Verhältnisse in der DDR ihren Beitrag zu leisten. Dies um so mehr, als wir rungsansprüche von Parteien und uns bewußt sind, daß die Gewerkschaft in der bislang üblichen Weise nicht weiterarbeiten kann, daß deshalb auch in der Gewerkschaftsarbeit ein neuer Anfang gemacht werden muß.

Wir bekennen uns zum Gedanken der Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit der Gewerkschaft und sehen darin die alleinige Grundlage für eine wirksame und allseitige Vertretung von Interessen der Werktätigen. Wir halten es für erforderlich, daß umgehend ein Gewerkschaftsgesetz ausgearbeitet wird, das die Rechte und Pflichten der Gewerkschaft umfassend definiert und auch Regelungen für Konfliktfälle einschließlich Arbeitsniederlegungen enthält.

Wir bemühen uns, Vertrauen, das in uns gesetzt bleibt, zu rechtfertigen, und das uns entzogen wurde, durch unsere Haltung und Arbeit wiederzuerlangen.

Zum Prinzip der Unabhängigkeit und Freiheit der Gewerkschaft gehört es, daß die Gewerkschaft Führungen geistiger Arbeit und unsere staatlichen Leitungen zurückweist. Um eine allseitige Interessenvertretung der Werktätigen zu gewährleisten, müssen die bestehenden Regelungen überprüft, neue Festlegungen geschaffen und die uneingeschränkte Autorität der Gewerkschaftsvertreter gegenüber staatlichen Leitungsgremien durchgesetzt werden.

Erforderlich ist weiterhin die Demokratisierung der Leitungsstruktäten und -mechanismen gewerkschaftlicher Arbeit. Die Auswahl von Kadern für gewerkschaftliche Funktionen aller Ebenen stellt eine Aufgabe von außerordentlicher Wichtigkeit dar und erfolgt in völliger Eigenverantwortung der Gewerkschaft. Sämtliche Leitungen und Vorstände sind verpflichtet, alle Möglichkeiten zu nutzen, um über ihre gewerkschaftliche Arbeit vor ihren Wählern umfassend und uneingeschränkt Rechenschaft zu legen.

Auf allen Leitungsebenen werden grundlegende Beschlüsse und Orientierungen vor ihrer Verabschiedung den Gewerkschaftsmitgliedern zur Diskussion vorgelegt und erst nach erfolgter Einarbeitung der erforderlichen Änderungen verabschiedet. Der Kreisvorstand beauftragt das Sekretariat, einen Prioritätenkatalog für die Aufgaben zu erarbeiten, die sich aus dem neuartigen Selbstverständnis der Gewerkschaft und aus den Vorschlägen der BGL und der Mitglieder ergeben.

Als dringliche Maßnahmen sehen wir an:

– Bildung von Arbeitsgruppen des Kreisvorstandes unter Einbeziehung von interessierten Mitgliedern zur Erfassung der Vorschläge und Forderungen aus den Betriebsgewerkschaftsorganisationen und zur unverzüglichen Neuregelung der Prämienvereinbarungen,

– von jedem Formalismus freie Diskussion über den Betriebskollektivvertrag 1990, damit dieser zu einem wirklichen Instrument der Zusammenarbeit zwischen Rektor und Kreisvorstand wird und voll den Interessen der Universitätsangehörigen entspricht,

– Durchsetzung von dringlichen Forderungen unserer Universitätsangehörigen an die Adresse des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen sowie des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft wie

- Abschaffung der widersinnigen und uns aufgezwungenen Verquikkung von Treue- und Leistungsprinzip bei der Jahresleistungsprämie mit Wirkung vom 1. 1. 1990,
- Aufhebung der starren Vorgaben für die Vergabe der Mittel des Paragraph-74-Fonds,
- Abbau von Formalismen und überlebenen statistischen Anforderungen,
- Herausgabe eines gültigen Rahmenkollektivvertrages.

Wir rufen alle Mitglieder unserer Kreisorganisation zur Diskussion und zum Handeln auf.

Um welche „Wurst" es geht

Ich schreibe diese Zeilen als ein Mitglied der Koordinierungsgruppe, die die Ausarbeitung der Konzeption des Studentenrates mitgetragen hat. Uns erreichten viele Anfragen, auf die ich hier kurz in Form eines persönlichen Beitrags eingehen möchte. Ausführlicher wird sich der Studentenrat in der nächsten Uni-Zeitung zu Wort melden.

Viele Fragen betrafen das Selbstverständnis des Studentenrates, sein Verhältnis zur FDJ und zur staatlichen Leitung der Universität. In der Konzeption heißt es dazu, daß sich der Rat als eine **Interessenvertretung** der Studenten versteht, die **außerhalb** der FDJ angesiedelt ist, aber auch mit ihr – wie mit jeder anderen politischen Organisation – konstruktiv zusammenarbeiten will. In erster Linie ging es uns darum, einen Stand der (quasi-) gewerkschaftlichen Interessenvertretung der sozialen Gruppe „Studenten" zu erreichen, den andere Universitätsangehörige bzw. Werktätige allgemein (zumindest auf dem Papier) längst schon haben. Insofern sind Vorwürfe unberechtigt, die Studenten wollten hier eine Extra-Wurst braten. Das trifft nicht den Kern; sie wollen überhaupt erst ein Stück Wurst bekommen! In der Öffentlichkeit scheint die Meinung zu existieren, daß Studenten eine besonders genügsame Gattung Mensch sind. Sie sollen Lebensverhältnisse akzeptieren, die gekennzeichnet sind durch: Abhängigkeitsverhältnisse in sachlicher und persönlicher Form, unwürdige Lebensbedingungen (Wohnen, finanzielle Lage, Ernährung, familiäre Situation usw.), Rechtsunsicherheit (Zulassungsbedingungen, grundlegende gewerkschaftliche Rechte, „Absolventenlenkung", Exmatrikulation usw.), erzwungene politische Loyalität, Ausbeutung der Arbeit der Studenten. Es geht uns also um die Achtung geistiger Arbeit und unsere menschliche Würde. Das Studium kann kein staatliches Almosen sein, sondern ist für die Existenz und Funktionsweise der Gesellschaft lebensnotwendig.

Natürlich sind diese Forderungen **nicht** unpolitisch. Sie betreffen die Gesellschaft als Ganzes und können letztlich auch nur durch einen überregionalen Zusammenschluß der Studentenräte artikuliert und durchgesetzt werden. Die Studentenräte stehen damit objektiv auf der Seite derer, die sich gegenwärtig für den grundlegenden Umbau unserer sozialistischen Gesellschaft einsetzen. Zu betonen ist die linke Orientierung unseres Vorhabens gerade angesichts der sich abzeichnenden Konjunktur rechter und neo-stalinistischer Gruppierungen. (Besorgniserregend sind Leserbriefe im ND, in denen die alte Intellektuellenfeindlichkeit zutage tritt.)

Wir setzen uns für solche Studien- und Lebensbedingungen ein, die Selbständigkeit, Mündigkeit, moralische Lauterkeit, Flexibilität, Gesundheit und fachliche Kompetenz der Studenten fördern. Das ist im Interesse der sozialistischen Gesellschaft.

GÖRAN HAJEK

Aktuelles vom Programm

14. 11., 10 und 14 Uhr, Foren mit Prof. SCHWANKE: Gelände der ZLS bzw. ZMMM

15. 11., 14 Uhr, Forum mit Dr. KÖNIG (Stellv. des Ministers für Kultur): HS 41 des ORZ

16. 11., 11 Uhr, Forum mit Dr. HOCHE: Gelände der ZLS/ZMMM

16. 11., 13.30 Uhr, Forum mit Prof. FUCHS (Stellv. des Ministers für Volksbildung): Alter Senatssaal der KMU, Ritterstr. 26.

Eventuelle weitere aktuelle Änderungen bzw. Ergänzungen sind auf der ZLS zu erfahren.

(Berichtigung des Druckfehlers im Beitrag „Was bietet die 11. ZLS?" UZ 40, S. 5: Es heißt nicht: „Für die 11. ZLS wurden schon 1988 . . ." sondern „Für die 11. ZLS wurden 1886 wissenschaftliche Arbeiten . . . ausgewählt.")

Die Zeiten beginnen sich zu ändern. Eine Flut „echter" Leserzuschriften überschwemmt die Redaktion. Deshalb ab dieser Woche eine neue Rubrik. Um hier vielen die Möglichkeit geben zu können, sich öffentlich zu äußern, müssen wir um knappe Zuschriften bitten (etwa 20 Schreibmaschinenzeilen). Sollten wir einige Beiträge trotzdem redaktionell bearbeiten, geschieht das mit außerordentlicher Sorgfalt. Also, nutzen wir es.

DAS FORUM

Redliche Platzvergabe

An die Universitätsgewerkschaftsleitung!

Wir stellen Antrag auf Diskussion der folgenden Angelegenheit in der nächsten UGL-Sitzung:

1. Die bisherige Praxis der Ferienplatzvergabe für Familien mit drei und mehr Kindern über das Ferienplatzkontingent der jeweiligen Sektion erscheint uns unzureichend, da die spezifischen Belange dieser Familien dabei zu wenig Berücksichtigung finden, die mehr als andere sich sozial belastet fühlen trotz tatsächlicher und angeblicher Förderungsmaßnahmen seitens staatlicher Stellen, aber mehr als andere für die Reproduktion unserer Bevölkerung beitragen, was gerade in der gegenwärtigen Situation hervorgehoben werden sollte.

2. Für die an der KMU befindlichen Familien mit drei und mehr Kindern (so übermäßig viele können das bei unserem Bevölkerungsverhalten ja wohl gar nicht sein) sollte unabhängig von der Sektion ein zentraler Ferienplatzfonds geschaffen und die Vergabe mit den betreffenden Familien gemeinsam beraten werden.

3. Dieser Antrag sollte umgehend beraten und Lösungsmöglichkeiten sollten bereits schon für 1990 in Angriff genommen werden.

4. Dieser Antrag wurde gestellt, weil uns zunehmend Zweifel beschleichen in bezug auf die Redlichkeit der Ferienplatzvergaben für alle Mitglieder nach gleichen Kriterien und sozialen Gesichtspunkten.

Für uns als Angehörige am Itl., beide, bestand und besteht nur die Möglichkeit, während der Schulferienzeit im Platzangebot (5 Plätze) zwischen Bad Saarow und/oder Bakenberg zu wählen, wenn überhaupt. Nur einmal aufgrund einer Eingabe konnten wir auch von einem „exklusiven" Ferienplatzangebot Gebrauch machen (FDGB-Ferienheim „Friedrich Engels", Templin, 1987).

Die Situation, sich privat Angebote mit mehr als vier Plätzen verschaffen zu können, dürfte allgemein als miserabel bekannt sein (Verweis auf Wochenpost-Annoncen).

Wir haben diesen Brief nicht geschrieben, um uns zusätzlich einen eigenen Vorteil verschaffen zu wollen. Doch die allmählich öffentlich bekannt werdenden Sonderrechte und Unredlichkeiten auch im FDGB haben uns ermutigt, uns nicht immer wieder und nicht länger mit den bisherigen Verfahrensweisen und Vertröstungen abzufinden. Wir sind zwar zur Bescheidenheit erzogen worden, doch dann sollte sie für jedermann gleichermaßen Anwendung finden.

Dr. JOACHIM HEYNOLDT,
HEIDE HEYNOLDT,
Institut für Tropische Landwirtschaft

Ich kenn' da einen Mann

Ich kenn' da einen Mann, der sprach schon am 19. 9. in der KMU von notwendigen Veränderungen, von einem bevorstehenden Umbruch hierzulande.

Ich kenn' da einen Mann, der konnte am 9. 10. sein Schweigen nicht mehr länger ertragen und wartete nicht auf Signale von oben. Gemeinsam mit anderen Leipziger Prominenten forderte er alle Leipziger zur längst überfällig gewordenen Verständigung auf. Das bescherte ihm nicht nur Beifall, sondern auch massive Kritik.

Ich kenn' da einen Mann, der stellte sich als einer der ersten den kontroversen Debatten. Mit Offenheit und ohne vorschnelle Urteile – auch gegenüber Vertretern des Neuen Forums.

Ich kenn' da einen Mann, der meint es ernst und macht sich für Leipziger Vorschläge und Forderungen in Berlin stark. Mit Erfolg, doch zu wenig ist darüber bisher bekannt.

Ich kenn' da einen Mann, der bekannte sich offen zum Zivildienst – schon Tage vor Krenz' letzter Ansprache an die Bürger.

Ich kenn' da einen Mann, der engagiert sich für ein Ökologieprogramm für den Bezirk Leipzig. Gegen härteste Widerstände.

Ich kenn' da einen Mann, der wurde am Montag dafür ausgepfiffen. Dafür?

Ich kenn' da einen Mann, und der heißt Roland Wötzel. Seit Sonntag 1. SED-Bezirkssekretär.

ULI BRIESE,
Student, KMU

Von pink zu Rosa

Immer wieder muß ich an ein Transparent denken, das ich vor reichlich einem Jahr in der Thomaskirche hängen sah. Da waren gut 10 Quadratmeter Leinwand mit respektlos unordentlichem Pinselstrich mit einer herrlich grellen, schreienden Farbe bemalt. Und auf dem Transparent stand: „Ich habe mich für Orange entschieden. Doch was mache ich mit den anderen Farben?"

Farben haben etwas mit Vielfalt zu tun. Mit Harmonie und Kontrast, mit objektiven Grenzen und fließenden Übergängen, mit Phantasie und Disziplin, mit Widerspruch und Einheit. Das Gegenspiel von Schwarz und Weiß mag durchaus reizvoll sein, es wird zunehmend bedrückend ohne farbigen Hintergrund. Oft bedeutet Farbe auch Bekenntnis, Signal, Symbol. Zu oft?

Für solche Betrachtungen hatten die Autoren des Vier-Farben-Programmpakets, das derzeit an allen möglichen und unmöglichen Ecken unserer Uni zu lesen ist, bisher sicher wenig Zeit. Als Kosmtor der grünen Denkanstöße beschäftigt mich Konkretes mehr. Zum Beispiel, daß wir viel Grün brauchen in Leipzig, außer vielleicht Montagabends, obwohl auch dieses derzeit wirklich klimaverbessernd wirkt. Vielleicht findet sich das Transparent noch, von dem ich eingangs sprach. Ich würde es gern wiedersehen, nächsten Montag auf dem Karl-Marx-Platz.

Warum wir für „pink" nicht das deutsche Wort genommen haben, weiß ich eigentlich gar nicht. Ich glaube aber, so oder so, Rosa hätte sich über all das gefreut.

RENE WALSCH

Meinung nicht getellt

Die Einschätzung, die Partei müsse das Vertrauen der Bürger wiedergewinnen, trifft unserer Überzeugung nach nicht den Kern der Probleme, vor denen die Partei steht.

Die SED hat die ihr gegebene historische Chance, bei der sozialistischen und demokratischen Gestaltung der Gesellschaft die führende Rolle einnehmen, behaupten und legitimieren zu können, dergestalt verstanden und genutzt, über die funktionale und strukturale Verflechtung von Staat und Partei einen Komplex direkter Macht auszubauen. Diese Entwicklung ging einher mit dem Verlust der Hegemoniefähigkeit. Es entstanden innerhalb der Partei reale Fraktionen, verdeckt von administrativen Kampagnen zur Sicherung der „Einheit, Reinheit und Geschlossenheit der Partei". Die Trennung des Apparates von der Basis der Partei ist dabei wohl die folgenreichste Fraktionsbildung.

Wenn wir nun über revolutionäre Erneuerung der SED nachdenken, dann auch im Wissen darum, daß deutsche Kommunisten dazu gezwungen sein werden, beim Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses dem linken Flügel Tragfähigkeit zu verleihen.

Redaktion „SEMINARUM"

Kritisch konstruktiv

Dem offenen Brief an den Rektor (LVZ, 2. 11. 1989, S. 4) folgte unverzüglich ein offenes und vertrauensvolles Gespräch. Magnifizenz Hennig erläuterte erste Vorstellungen zur Vorbereitung des Konzils der KMU, das in den nächsten Wochen stattfinden, sich mit den dringendsten aktuellen Problemen der Universität beschäftigen und sicher auch Impulse zur Vorbereitung der erforderlichen Hochschulreform in der DDR geben wird. Zur Wahrnehmung seiner verantwortungsvollen Aufgabe braucht insbesondere auch der Rektor die kritische und konstruktive Solidarität aller Lehrkräfte und Studenten der Universität. Nach diesem Gespräch ist es mir wichtig festzustellen: meine hat er.

Doz. Dr. sc. WOLFGANG GEIER